



Frau Bundeskanzlerin

# Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 24  
17.06.2016

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>IfD Allensbach</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	-----------------------	------------------------

---

Wähleranteile:	Union zwischen 33,5 % und 31 %, SPD bei 22 % bzw. 21 %
----------------	--

---

Politische Aufgaben:	<u>Sicherung der Altersversorgung</u> und Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
----------------------	--

---

Wirtschaft:	Erwartungen kaum verändert
-------------	----------------------------

---

Eigene finanzielle Lage:	Die meisten Bundesbürger erwarten keine Veränderungen
--------------------------	---

---

Wichtigstes Thema:	Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik
--------------------	--

---

## Wähleranteile

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern	<b>Emnid<sup>1</sup></b> für BamS	<b>IfD Allensbach<sup>2</sup></b> für FAZ	<b>infratest dimap<sup>3</sup></b> für ARD
CDU/CSU	33 (-1)	33 (-1)	33,5 (-)	31 (-1)
SPD	21 (-)	22 (+1)	21,0 (-)	21 (-)
FDP	6 (-1)	6 (-)	8,0 (-)	7 (+1)
DIE LINKE	10 (-)	9 (-)	9,0 (-)	9 (-)
B'90/Grüne	13 (-)	13 (-1)	12,0 (+0,5)	14 (+1)
AfD	11 (+1)	12 (+1)	11,5 (-1,0)	14 (-1)
Sonstige	6 (+1)	5 (-)	5,0 (+0,5)	4 (-)
Erhebungszeitraum	06.-10.06.	09.-15.06.	27.05.-09.06.	13.-15.06.

Die Union liegt bei IfD Allensbach 12,5 (-), bei forsa 12 (-1), bei Emnid 11 (-2) und bei infratest dimap 10 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

## Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	<b>forsa</b> für RTL/stern
Merkel	45 (-)
Gabriel	15 (-)
Erhebungszeitraum	06.-10.06.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 30 (-) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

86 % (-2) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 4 % (+1) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 64 % (+2) für Merkel und 6 % (+2) für Gabriel entscheiden.

38 % (-4) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 33 % (+2) Merkel.

<sup>1</sup> Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (19.06.2016)

<sup>2</sup> im Vergleich zur KW 20

<sup>3</sup> im Vergleich zur KW 22

## Problemlösungskompetenz

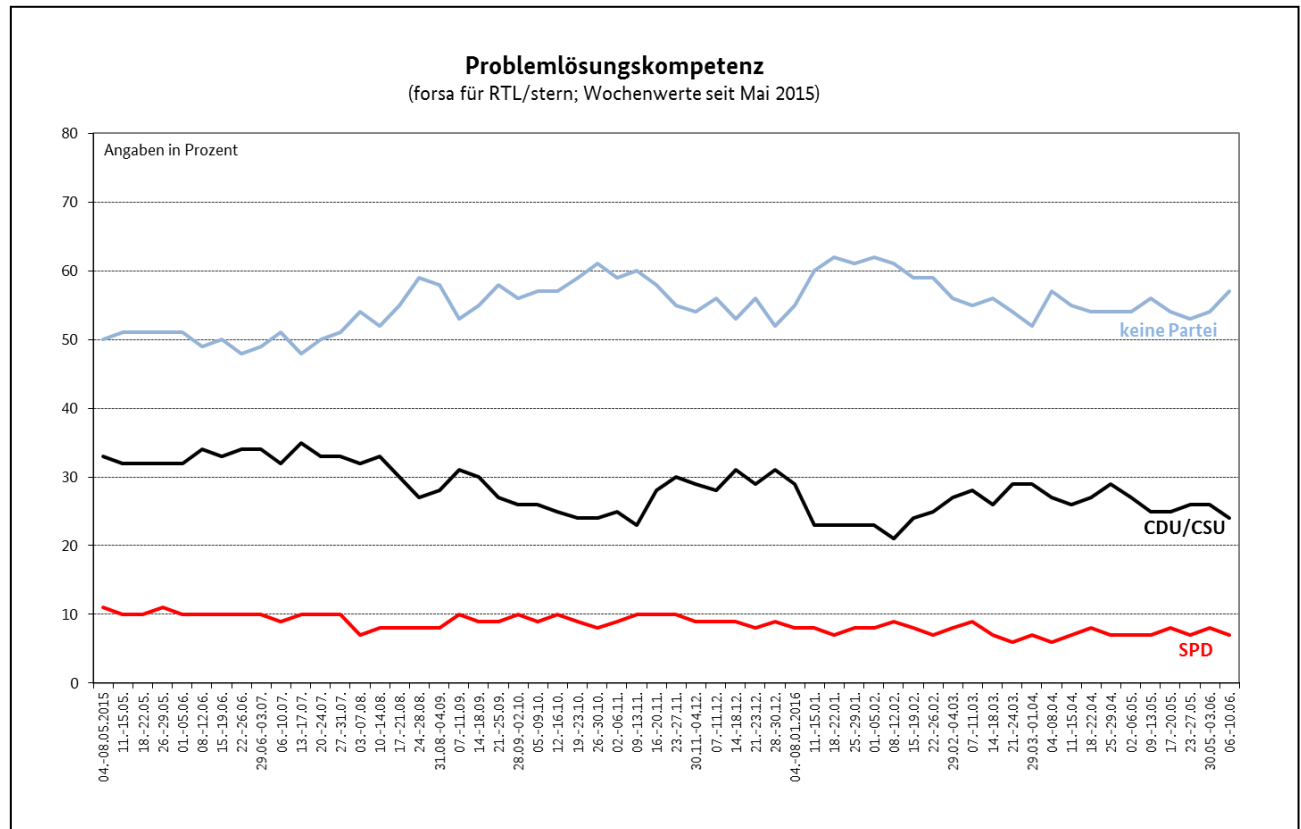
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	24	(-2)
SPD	7	(-1)
sonstige Parteien	12	(-)
keine Partei	57	(+3)
Erhebungszeitraum	06.-10.06.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 17 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

57 % (+3) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

64 % (-5) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 32 % (-) von ihrer Partei.



## Wichtigkeit politischer Aufgaben im Juni 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Mai 2016

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
Altersversorgung langfristig sichern	70 (-)	28 (+2)	1 (-2)	0 (-)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	70 (-1)	28 (+1)	2 (+1)	0 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	61 (+1)	34 (-)	5 (+1)	0 (-1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	58 (+1)	38 (-)	3 (-1)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	57 (-)	39 (+1)	3 (-)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	52 (-1)	43 (+4)	4 (-1)	1 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	50 (+2)	36 (-1)	12 (-1)	2 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	47 (-3)	46 (+3)	5 (-)	2 (+1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	47 (-4)	45 (+2)	6 (+2)	1 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	46 (+2)	42 (-2)	10 (-)	1 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	44 (+1)	43 (+1)	10 (+1)	2 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	36 (-1)	51 (+1)	12 (-)	1 (-)
Staatsschulden begrenzen	36 (+6)	47 (-4)	12 (-3)	3 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	34 (-3)	48 (+1)	14 (+2)	2 (+1)
neue Technologien fördern	31 (+3)	51 (+1)	14 (-4)	3 (-)
Verbraucherschutz stärken	29 (-1)	57 (+2)	12 (-1)	1 (-)
Energiewende zügig vorantreiben	28 (-3)	50 (+5)	16 (-2)	4 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	26 (-)	54 (+2)	16 (-2)	3 (+1)
für Preisstabilität sorgen	25 (-2)	58 (+4)	15 (-1)	2 (+1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	23 (-1)	58 (+1)	15 (-)	1 (-1)
Erhebungszeitraum	08.-14.06.2016			

Die Bildungspolitik ist seit langem für die Bundesbürger die wichtigste politische Aufgabe. Erstmals liegt in diesem Monat auch die langfristige Sicherung der Altersversorgung auf Platz 1.

Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von 40- bis 59-Jährigen (80 %) und Anhängern der AfD (75 %) überdurchschnittlich häufig als sehr wichtig angesehen. Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (75 % zu 61 %). Unter 30-Jährige (62 %) sowie Anhänger der Linkspartei (56 %) und der Grünen (58 %) sehen die langfristige Sicherung der Altersversorgung unterdurchschnittlich oft als prioritär an.

Die Bildungspolitik wird von 40- bis 49-Jährigen (78 %) sowie von Anhängern der Linkspartei (88 %), der Grünen (78 %) und der SPD (77 %) als besonders prioritär angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (75 % zu 65 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (75 % zu 64 %). 30- bis 39-Jährige (62 %) und 50- bis 59-Jährige (65 %) sowie Anhänger der AfD (49 %) sehen die Bildungspolitik unterdurchschnittlich oft als prioritär an.

## Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen Juni 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Mai 2016

Ernid für BPA

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	65 (-5)	24 (+5)
deutsche Interessen in der EU vertreten	64 (+2)	30 (+1)
innere Sicherheit gewährleisten	64 (+4)	31 (-1)
neue Technologien fördern	62 (-4)	27 (+5)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	61 (+1)	32 (+1)
für Preisstabilität sorgen	58 (-7)	35 (+8)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	58 (-3)	37 (+5)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	57 (-3)	39 (+6)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	56 (-4)	37 (+4)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	54 (-2)	39 (+3)
Verbraucherschutz stärken	52 (-1)	40 (+4)
Staatsschulden begrenzen	51 (-5)	42 (+7)
Energiewende zügig vorantreiben	50 (-5)	45 (+7)
für bezahlbare Strompreise sorgen	45 (-3)	48 (+5)
Gesundheitswesen modernisieren	45 (-)	48 (+3)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	45 (-)	52 (+5)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	41 (-5)	50 (+6)
Zuwanderung von Ausländern regeln	34 (-3)	61 (+5)
Steuerlast gerecht verteilen	30 (-1)	64 (+3)
Altersversorgung langfristig sichern	30 (-2)	65 (+4)
Erhebungszeitraum	08.-14.06.2016	

In 13 von 20 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Wirtschaftspolitik (65 %), allerdings 5 Prozentpunkte weniger als im Vormonat; die geringste Zustimmung entfällt auf die Alterssicherung, also dem Politikfeld, das derzeit für die Bundesbürger am häufigsten sehr wichtig ist.

Im Politikfeld "für Preisstabilität sorgen" bewertet im Vergleich zum Vormonat ein um 7 Prozentpunkte geringerer Anteil der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

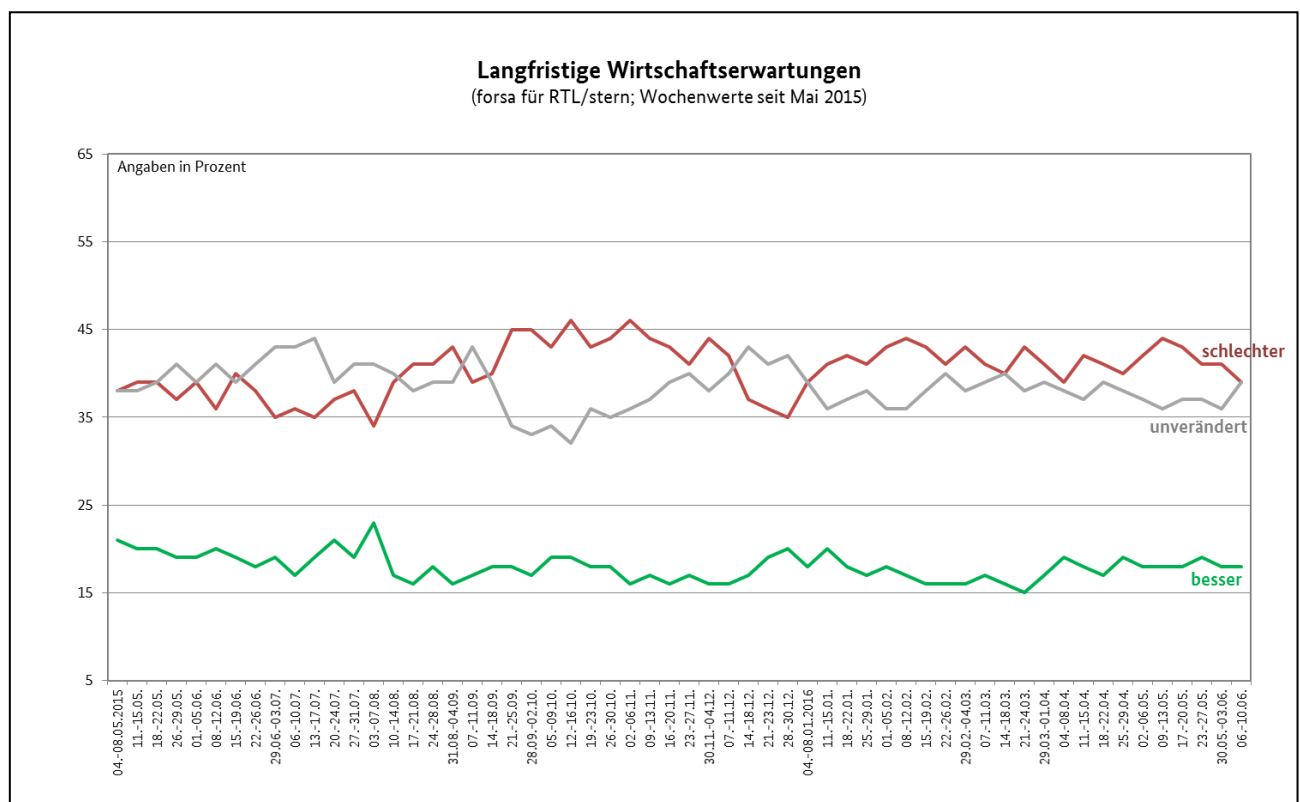
## Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	18	(-)
schlechter	39	(-2)
unverändert	39	(+3)
Erhebungszeitraum	06.-10.06.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 21 (-2) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



## Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 21

	<b>forsa</b> für BPA
besser als vor einem Jahr	17 (+3)
schlechter als vor einem Jahr	13 (-2)
genauso wie vor einem Jahr	69 (-1)
Erhebungszeitraum	06.-10.06.

Unter 45-Jährige nehmen deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als über 60-Jährige (26 % zu 8 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (25 % zu 9 %).

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (18 %) nehmen überdurchschnittlich häufig eine Verschlechterung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr.

## Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 21

	<b>forsa</b> für BPA
in einem Jahr besser	22 (-)
in einem Jahr schlechter	12 (-2)
ungefähr so wie jetzt	66 (+3)
Erhebungszeitraum	06.-10.06.

Unter 30-Jährige erwarten deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage als über 60-Jährige (38 % zu 12 %).

Auch Geringverdiener (28 %) erwarten überdurchschnittlich oft eine Verbesserung.

## Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 21

	forsa für BPA	
zurzeit günstig	55	(+2)
zurzeit eher ungünstig	37	(-1)
Erhebungszeitraum	06.-10.06.	

Gutverdiener sind häufiger als Geringverdiener (68 % zu 38 %) der Meinung, dass zurzeit ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (62 % zu 45 %).

## Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 21

	forsa für BPA	
eher optimistisch	49	(+2)
eher pessimistisch	30	(-6)
Erhebungszeitraum	06.-10.06.	

Insbesondere unter 30-Jährige (61 %), Gutverdiener (59 %) und Männer (56 %) glauben, dass die meisten Menschen ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.



## Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	30 (-8)
Attentat in den USA	13 (neu)
Fußball-EM	12 (+9)
Kriege, Unruhen, Terror in der Welt allgemein	8 (+7)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	8 (+1)
Verhandlungen mit der Türkei, Verhalten der türkischen Regierung	8 (-2)
Hooligans, Gewalt bei Sportveranstaltungen	6 (neu)
Erhebungszeitraum	13.-15.06.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik.

Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der AfD (35 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche.

Über 50-Jährige nennen das Thema häufiger als unter 50-Jährige und Frauen häufiger als Männer (jew. 35 % zu 25 %). Anhänger der Linkspartei und der FDP (jew. 23 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

